

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950**

66 (1.4.1950)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag. Durch die Post 1.65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65

Badischer Landemann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2. 51. Jahrgang

Samstag, den 1. April 1950

9r. 66

## Draußen vor der Tür Von Willi Schickling

Die dreizehn Nationen des Europarates haben die erwartete Einladung ausgesprochen. Die Bundesrepublik weiß jetzt offiziell, daß man „herein“ sagen wird, wenn sie sich entschließt, an die Straßburger Tür zu klopfen. Sie weiß, daß man sie — zusammen mit dem Saarland — als „beigeordnetes Mitglied“ willkommen heißen wird.

Adenauer hat sich — symbolisch gesprochen — in den letzten Tagen der besagten Tür mehr und mehr genähert. Wird er jetzt anknöpfen? — Es ist für ihn kein ganz leichter Entschluß, ob es erscheint im Augenblick auch fraglich, ob sein Schritt über die Straßburger Türschwelle in Deutschland von jener überwältigenden Mehrheit gebilligt würde, die man sich in Bonn für eine solche — möglicherweise entscheidende — außenpolitische Aktion sicher zurechnen hätte.

In dem offensichtlichen Bestreben, das „Gesicht zu wahren“ und die noch immer über die Saarkonventionen aufgebrachte Opposition zu beschwichtigen, hatte der Kanzler drei Voraussetzungen genannt, unter denen Westdeutschland dem Europarat beitreten wolle. Von alliierter Seite gab man zu verstehen, daß von diesen drei Wünschen zwei erfüllt werden könnten oder praktisch schon erfüllt seien. Sie bezogen sich auf eine offizielle Einladung der Bundesrepublik durch die Hohe Kommission, sowie auf Status und Mitgliedschaft des Saarlandes, die — wenigstens nach alliierter Auslegung — ein Provisorium darstellen. Dagegen scheint Adenauer dritter Wunsch auf Zulassung eines deutschen Beobachters im Ministerrat zunächst auf Ablehnung zu stoßen.

Es ist unwahrscheinlich, daß Bonn die Straßburger Einladung zurückweisen wird. Das Problem ist im Moment ebenso sehr innenpolitisch wie außenpolitisch: Läßt sich der Eintritt Deutschlands in die europäische Gemeinschaft in einer Atmosphäre vollziehen, die durch Ressentiments und oppositionelle Regungen nicht allzu sehr getrübt wird? Dies ist möglicherweise eine Frage der Taktik, des Zeitpunktes und der Formulierung.

Die schicksalsschwerste Frage jedoch, die sich eines Tages aus dem Wiedereintritt Deutschlands in das europäische Konzert erheben wird, hat Winston Churchill in diesen Tagen erneut im Unterhaus angeschnitten. Seine Gegner meinen, es ließe das Pferd am Schwanz aufsitzen, wenn man schon jetzt — wie Großbritanniens Kriegspräsident es mit erstaunlicher Offenheit tat — über eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung Westeuropas rede. Aber die zahllosen Kommentare zur Rede Churchills beweisen, daß auch jene alliierten Kreise, die eine langsame und schrittweise Einbeziehung Westdeutschlands in die westeuropäische Völkergemeinschaft wünschen, in der deutschen Beteiligung am militärischen Schutz dieser Gemeinschaft den logischen, letzten Schritt dieser Entwicklung sehen. Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß militärische Fachleute der Alliierten, darunter der französische General Billotte, im Gegensatz zu ihren Regierungen einen solchen Schritt für notwendig halten.

Auf der anderen Seite zeigen die alliierten Kommentare und Erklärungen zu dieser Frage, welches Unbehagen ein großer Teil der Welt noch immer bei dem Gedanken an eine Wiederbewaffnung Deutschlands empfindet. Dieses Unbehagen resultiert nicht nur aus dem Mißtrauen gegen den „schlafenden deutschen Drachen“, sondern auch aus der Befürchtung, daß eine solche Entscheidung Präventivmaßnahmen von unübersehbarer Tragweite jenseits der Elbe auslösen könnte.

Die französische Zeitung „Le Monde“ meinte sogar am Vorabend des Straßburger Beschlusses, es wäre klüger, die Bundesrepublik vorerst nicht in den Europarat aufzunehmen, um der Bildung einer deutschen Einheit nicht entgegenzuwirken. Das Blatt forderte intensive Unterstützung der Bestrebungen zur Vereinigung Deutschlands. „Sollten diese Bemühungen erfolgreich verlaufen, könnte Deutschland augenscheinlich auch ohne Waffen auskommen, denn die Sowjetunion würde nur ein vereintes Deutschland dulden, wenn es vollkommen neutral wäre — das heißt neutral ohne Waffen.“

„Le Monde“ veranschaulichte damit die tragischen Zweifel, die angesichts der gegenwärtigen Lage Europas jeden entscheidenden Schritt in Deutschland begleiten müssen. Aber auch wenn die Bundesrepublik dem Europarat beitrete, dürfte es noch immer im Vermögen der Sowjetunion liegen, eine Versteifung der Spaltung zu verhindern, die eines Tages zur Remilitarisierung Deutschlands führen müßte.

Wird man in Moskau erkennen, daß auch das eigene Interesse eine verständlichere Haltung verlangt?

## Bevin bremst die Fahrt Vorläufig keine europäische Behörde mit Exekutiv-Vollmachten Ministerrat verwarf Einladungen

Straßburg (UP). Das Ministerkomitee des Europarates verwarf in seiner Sitzung am Freitag vormittag die Briefe an die Regierungen der Deutschen Bundesrepublik und des Saarlands, in denen diese aufgefordert werden, dem Europarat als beigeordnete Mitglieder beizutreten.

In den Einladungen wird vorgeschlagen, daß Deutschland 18 und das Saargebiet drei Vertreter in der Beratenden Versammlung haben soll.

Die Einladungen wurden sofort an die alliierte Hohe Kommission in Deutschland und an die französische Regierung weitergeleitet mit der Bitte, sie der deutschen Bundesregierung und der Regierung des Saarlandes zu übergeben.

Die Bemühungen des ständigen Ausschusses der beratenden Versammlung, eine europäische Behörde mit Exekutivvollmachten zu schaffen, kamen im Ministerkomitee am heutigen Widerstand des britischen Außenministers Bevin zum vorläufigen Scheitern. Der Ständige Ausschuss hatte vorgeschlagen, ein Gremium aus Mitgliedern beider „Häuser“ des Europarates — der beratenden Versammlung und des Ministerkomitees — zu bilden und es mit weitreichenden Vollzugsrechten auszustatten.

Bevin opponierte gegen diesen Vorschlag und setzte sich seinerseits für die Schaffung einer aus Mitgliedern beider „Häuser“ bestehenden Körperschaft ein, der jedoch nur beratende Funktionen zugestanden werden sollten.

Nachdem Bevin's Vorlage dem Sonderausschuß überwiesen war, begannen die Minister, mit der Diskussion der Wirtschaftsprobleme Westeuropas, wobei sie sich insbesondere der Frage widmeten, welche Form das Verhältnis zwischen der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OEEC) und dem Europarat annehmen soll.

Auch der Ständige Ausschuss der beratenden Versammlung des Europarates eröffnete am Freitagvormittag seine Sitzungsperiode. Wenige Minuten zuvor war das Ministerkomitee erneut zusammengesetzt. Es war dies das erste Mal, daß die beiden Organisationen zu gleicher Zeit und unter demselben Dach tagten. Auf der Tagesordnung des Komitees stand

die Fortsetzung der Diskussionen über eine stärkere wirtschaftliche Annäherung zwischen den einzelnen westeuropäischen Ländern.

Nach Abschluß der Freitagvormittagsitzung des Ministerkomitees gab der französische Außenminister Schuman bekannt, daß die Empfehlungen der beratenden Versammlung auf Beschluß des Komitees zusammen mit den Stellungnahmen der OEEC und der Außenminister selbst, an die Versammlung zurückgereicht würden. Wie er weiter ausführte, wurde außerdem die Frage der Herstellung engerer Beziehungen zwischen der OEEC und dem Europarat behandelt. Eine endgültige Entscheidung sei nicht getroffen worden, doch habe man einen Arbeitsausschuß mit der Ausarbeitung einer Resolution in dieser Frage beauftragt, die dem Komitee bei der Abschlusssitzung am Samstag vorgelegt werden soll.

Ein deutscher Korrespondent richtete an Schuman die Frage, ob die Außenminister bereits beschlossen hätten, Empfehlungen über eine mögliche Revision des Besatzungsstatutes auszuarbeiten. Schuman beantwortete die Frage mit dem Hinweis, daß dies eine Angelegenheit sei, die die westlichen Besatzungsmächte allein angehe und nicht im Europarat behandelt werden könne. Er wies jedoch darauf hin, daß die Besatzungsmächte bereits zu einem früheren Zeitpunkt angedeutet hätten, daß eine Revision in einem gewissen Umfang noch im Oktober dieses Jahres geplant sei.

Am Freitag abend fand dann eine erste gemeinsame Sitzung von Vertretern des Europäischen Ministerrates und der Beratenden Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage, auf welche Weise die Zusammenarbeit zwischen den beiden Körperschaften des Europäischen Rates enger gestaltet werden kann.

Es hat den Anschein, als sei es Großbritannien gelungen, mit seiner Haltung durchzudringen und den Europarat zu veranlassen, nur langsam auf dem Wege zur Bildung einer starken Union der demokratischen Staaten vorwärtszuschreiten. Die endgültige Annahme von Bevin's Vorschlag würde die seit Monaten andauernden Bemühungen der beratenden Versammlung, ihre Rechte und ihre Macht zu erweitern, zunichte machen.

## Bundestag fordert Außenamt Hohe Kommission nicht dagegen?

Bonn (ZSH). Der Bundestag hat in seiner Freitagssitzung den Bundeskanzler mit großer Mehrheit aufgefordert, so bald wie möglich ein Außenamt für Besatzungsfragen und auswärtige Angelegenheiten zu bilden, das von einem Staatssekretär geleitet werden soll.

Die alliierten Hohen Kommissionen haben durchblicken lassen, daß sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn ein solches Bundesamt ins Leben gerufen wird.

Der Bundestag beschloß ferner, das von der SPD gestellte Verlangen auf Ratifizierung des deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens durch das Parlament zunächst einem Ausschuss zur Prüfung zu überweisen.

Interpellationen zur Frage der Pensionen heimatvertriebener Beamter wurden von Bundesfinanzminister Schäffer beantwortet. Zur Forderung der Gleichstellung mit einheimischen Beamten konnte der Minister keine Zusagen machen. Er erklärte lediglich, daß eine vollkommene Gleichstellung eine zwanzigprozentige Gehaltssteigerung für einheimische Beamte zur Folge haben würde.

Der Bundestag beschloß jedoch, die Regierung zu ersuchen, die Überbrückungshilfe für pensionsberechtigten heimatvertriebenen Beamten von 20 auf 35 Millionen DM zu erhöhen.

Nach der Mittagspause wurde das Gesetz, das den Abgeordneten eine Aufwandsentschädigung von 600 DM sichert, in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Die Kommunisten, sowie drei Abgeordnete aus verschiedenen Parteien, darunter Alfred Loritz, stimmten dagegen.

Mit einer Ausnahme über Hilfemaßnahmen für die Filmindustrie beendete der Bundestag seine Beratungen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, 20 Millionen DM für die deutsche Filmindustrie zur Verfügung zu stellen. Ferner soll die Regierung die Hohe Kommission noch einmal bitten, daß das Vermögen der Ufa dem Bund übertragen wird.

Zu Beginn der Vormittagsitzung hatten sich die Abgeordneten zu Ehren Leon Blums erhoben und verharren zwei Minuten in Schweigen.

Der Bundestag wird am 28. April 1950 zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten.

**Europarat-Frage nicht behandelt**  
Bundeskabinett beschäftigte sich nur mit „Routine-Angelegenheiten“ — Keine Sonder-sitzung des Bundestages vor Ostern

Bonn (UP). Das Bundeskabinett hat am Freitag die Frage des Beitritts Deutschlands zum Europarat nicht behandelt. Vizekanzler Blücher erklärte nach Schluß der 90-Minuten-Sitzung, daß eine Behandlung der Frage erst

erfolgen werde, wenn die schriftliche Einladung an die Bundesrepublik eingetroffen sei.

Wie ein Vertreter der alliierten Hohen Kommission erklärte, dürfte das Einladungsschreiben an die Bundesrepublik nicht vor Montag eintreffen.

Das Kabinett beschäftigte sich daher lediglich mit, wie Blücher sagte, „Routine-Angelegenheiten“.

Es verabschiedete ein Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Weizenabkommen, von dem es hofft, daß es die schnelle Zustimmung der gesetzgebenden Organe finde, ferner ein Gesetz über die Unterhaltshilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen, nach dem diese das gleiche Recht erhalten wie Kriegshinterbliebene. Nach seiner Rückkehr braucht der Kriegsgefangene die an seine Angehörigen gezahlten Beträge nicht zurückzahlen. Auf Grund eines weiteren Kabinettsbeschlusses wird die Zuckerrationierung mit dem 1. Mai eingestellt. Dabei kommt mit der Zuckermarke auch die Ausgabe von Sondermarken für eventuelle Aufrufe in Fontanelle.

Am Nachmittag rief der Bundeskanzler die Führer der Bundestagsfraktionen zu einer überraschenden Sonder-sitzung in seinem Arbeitszimmer zusammen, um die Einladung des Europarates an Deutschland zu erörtern. Kommunisten, WAV und Nationale Rechte waren nicht anwesend. Die Fraktionsführer sind mit dem Kanzler übereingekommen, eine Erörterung des Problems erst nach Schluß der Osterferien des Parlaments im Rahmen der „normalen Parlaments-sitzungen“ vorzunehmen.

Eine Diskussion über die politischen Aspekte des Themas fand nach Äußerungen des CDU-CSU-Fraktionsvorsitzenden, Dr. von Brentano, nicht statt. „Man einigte sich nur auf einen modus vivendi“.

Es sei sehr bedauerlich, so meinte v. Brentano, daß sich der Ministerausschuß nicht habe entschließen können, einen Beobachter der Bundesregierung zu seinen Sitzungen zuzulassen. Man habe in Straßburg die besondere Situation, in der sich die Bundesregierung befinde, nicht richtig erkannt. Dabei habe der französische Außenminister ihm bei seinem Aufenthalt in Paris versichert, daß er die Zulassung eines deutschen Beobachters befürworten werde.

v. Brentano wandte sich damit gegen ein Dementi des Pariser Außenministeriums. Er betonte, er habe keine Veranlassung, seine Ausführungen zu korrigieren.

„Man kann nicht sagen, daß dieses Ergebnis in Bonn ein freudiges Echo gefunden hat“, erklärt das dem Bundeskanzler nahestehende

Organ „Deutschland-Union-Dienst“ zur gleichzeitigen Einladung der westdeutschen Bundesrepublik und der Saarregierung nach Straßburg. „Im Gegenteil die Stimmung in der Bundeshauptstadt ist so ernüchtert, wie selten bisher.“ Gewiß habe man uns eingeladen, meint der DUD weiter, aber es sei keine Spur einer freundlichen Geste dabei zu finden. Wen wundere es, wenn in Bonn der Eindruck entstehe, man habe die Bundesrepublik lediglich eingeladen, weil „die westeuropäische politische Konzeption das Vakuum in der linken Herzkammer auf die Dauer nicht verkraften kann“.

In Regierungskreisen wird betont, daß der Europarat erst in drei Monaten wieder zusammentrete, so daß hinlänglich Zeit gegeben sei, die deutsche Antwort gründlich vorzubereiten. Man hofft vor allem, daß die Sozialdemokraten ihre ablehnende Haltung bis dahin noch ändern.

Der Vorsitzende der SPD, Schumacher, hat dagegen durchblicken lassen, daß seine Partei nur dann bereit sei, einen Beitritt zum Europarat zu billigen, wenn das Saarland nicht aufgenommen werde. Die SPD werde an ihrer Haltung auch nach dem Einladungsbeschuß des Ministerausschusses nichts ändern. Die englische Labourparty ist, wie aus London verläutet, von der Haltung der deutschen Sozialdemokraten sehr enttäuscht.

## Dibelius bei Grotewohl

Bedenken gegen „Übergriffe der SED“

Berlin (UP). Wie „Der Tag“ erfahren haben will, hat Bischof Dibelius zusammen mit führenden Vertretern der evangelischen Kirche in einer Unterredung mit dem ostdeutschen Ministerpräsidenten Grotewohl erneut schwere Bedenken gegen die ständigen Übergriffe der SED und anderer staatlicher Organe auf die Arbeit der evangelischen Kirche geäußert.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Bruschke, gab während der Sitzung des Landtags die Berufung des bisherigen Chefs der Inspektoren der Volkspolizei, Hegen, zum neuen Innenminister des Landes bekannt. Hegen wird den bisherigen Innenminister Siewert ersetzen, der ADN zufolge eine intendierte Stellung im Bauwesen der Ostzone übernehmen soll.

Am Freitag warteten am sowjetischen Kontrollpunkt bei Helmstedt fast 300 Lastwagen auf Abfertigung.

## Deveze fährt zu Leopold

Waffenhilfe-Vertrag mit USA ratifiziert

Brüssel (UP). König Leopold hat sich bereiterklärt, den mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragten amtierenden Verteidigungsminister Deveze (Liberal) am Montag zu einer Unterredung zu empfangen. Der König versicherte in diesem Zusammenhang erneut, er werde sich der Entscheidung des Parlaments beugen, wie diese auch immer ausfallen möge. Deveze will bekanntlich Leopold dazu bewegen, nur für kurze Zeit auf den Thron zurückzukehren und dann zu Gunsten seines Sohnes Baudouin abzudanken.

Die Waffenlieferungen der USA an Belgien werden durch die gegenwärtige Regierungskrise nicht verzögert werden. Das zweiseitige amerikanisch-belgische Abkommen wurde von Prinzregent Charles ratifiziert.

## Kirkpatrick kommt nach Deutschland

Besprechungen mit Sir Robertson

London (ZSH). Der Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Kirkpatrick, kommt am Samstag nach Deutschland. Kirkpatrick übernimmt im Sommer das Amt des Hohen Kommissars für Deutschland. Er wird während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik mit Sir Brian Robertson Besprechungen führen.

## „Spionage im Auftrag des Vatikans“

Katholische Priester vor tschechischem Gericht

Prag (UP). Augustin Machalka, der Abt des Prämonstratenser-Klosters in Nova Bise (Mähren) bekannte sich, in einer Verhandlung vor dem Prager Staatsgerichtshof des Landesverrats und der Spionage, im Auftrag der vatikanischen Hierarchie und im Dienst der amerikanischen Kapitalisten“ schuldig. Außer Machalka stehen noch neun weitere katholische Geistliche vor Gericht.

## Adenauer fährt nach München.

Dr. Adenauer wird sich über das Wochenende zu seinem ersten Besuch nach seiner Wahl zum Kanzler in die bayerische Landeshauptstadt begeben.

Lesen Sie heute in den

## Heimat = Nachrichten

Die Johannes-Passion von J. S. Bach

Nicht Staatsrentnerium, sondern Existenzgründung

Lastenausgleich . . . ?

Herrenalb als Ostersungsziel

Sonntag Bauernversammlung f. d. Albgau

Neues aus Schielberg

### Fast 100 000 Vermittelte allein in Württemberg-Baden

D.P. Stuttgart. In Ergänzung der Gesamtziffern für das Bundesgebiet über die Vermittelten und Kriegsgefangenen veröffentlichte das württembergische statistische Landesamt die Ziffern für Württemberg-Baden. Danach wurden insgesamt 93 667 Personen registriert; darunter sind 5856 Kriegsstraf- und Untersuchungsgefangene, 81 779 Vermittelte der ehemaligen Wehrmacht und 6840 vermittelte Zivilpersonen.

Diese Ziffern liegen höher als bisher angenommen war. Dies erklärt sich daraus, daß sich eine Reihe von Personen, die sich bei den bisherigen Erfassungsaktionen nicht gemeldet und noch keine Nachforschung nach vermischten Angehörigen eingeleitet hatten, an dieser Erfassungsaktion erstmalig beteiligten.

### Haushalt-Sorgen im Finanzausschuß 100 Millionen für den Wohnungsbau

Stuttgart (ZSH). Der Finanzausschuß des württemberg-badischen Landtags beschäftigte sich in seiner Freitagsitzung mit dem maßstäblichen Haushalt von 1950/51. Der Etat dürfte schätzungsweise mit rund 850 Millionen DM infolge Wegfalls der Kriegs- und Kriegsfolgebilanzen sowie gewisser Zuschüsse nur halb so hoch wie der vergangene sein. Andererseits werden gewisse Einnahmequellen wie Zölle usw., die künftig an den Bund übergehen, wegfallen. Im außerordentlichen Haushalt sind zur Förderung des Wohnungsbauens rund 100 Millionen DM vorgesehen, die im Verhältnis von etwa 8:4 auf Nordwürttemberg und Baden entfallen werden.

Im einzelnen wurden im Rahmen des kürzlich verabschiedeten Notgesetzes Vorwagnahmen für Straßenbau und Hochbauten (Weiterführung schon begonnener Projekte) in Nordwürttemberg und Nordbaden beschlossen. Mit Befremden nahm der Finanzausschuß davon Kenntnis, daß der Posten für Besatzungsleistungen im abgelaufenen Haushaltsjahr um 20 Millionen DM überschritten wurde.

### Mainz oder Koblenz?

Entscheidung soll am Dienstag fallen  
Mainz (ZSH). Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeyer, teilte mit, daß die französische Anordnung, die Mainz zur Hauptstadt des Landes bestimmt, vom Landeskommissar aufgehoben worden sei. Altmeyer fügte hinzu, daß die Entscheidung über die zukünftige Landeshauptstadt nur noch beim Landtag und bei der Regierung liege. Der Landtag von Rheinland-Pfalz wird voraussichtlich am nächsten Dienstag über die Frage Mainz oder Koblenz beraten.

### „Maurer“ Remer sagt aus

Im Spruchkammerverfahren gegen Feitenhansl  
München (UP). In der Spruchkammerverhandlung gegen Karl Feitenhansl, den Begründer der „Vaterländischen Union“, trat als Zeuge der ehemalige General Remer auf, der sich als „Maurer“ bezeichnete. Er sagte aus, bei einem Gespräch, das zwischen ihm und Feitenhansl stattgefunden habe, „sind wir uns absolut darüber klar gewesen, daß wir die Demokratie als solche bejahen“. Remer erklärte der Spruchkammer, er sei „nicht betroffen“ und habe nie der Nationalsozialistischen Partei angehört. Was den 20. Juli 1944 anbelangt, so hätten alliierte Untersuchungskommissionen festgestellt, „daß ich absolut korrekt gehandelt habe. Ich habe das Verdienst, daß das Blutvergießen unter deutschen Soldaten verhindert wurde.“

### Truman zum Fall „Hauptspion“

Die Gegenseite: „Feuerlöcher mit Benzin“  
Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Dean Acheson bestritt auf einer Pressekonferenz die Behauptung des republikanischen Senators McCarthy, daß der „sowjetische Hauptspion“ Owen Lattimore für die US-Ostasienspolitik verantwortlich gewesen sei. Er erklärte, daß er Lattimore niemals persönlich getroffen habe und daß das Außenministerium nichts mit Lattimores Ernennung zu einer UN-Mission nach Afghanistan zu tun habe. Acheson bestritt ferner, die Behauptung McCarthys, daß Lattimore bis vor kurzem eine Dienststelle im Außenministerium und Zugang zu den Akten gehabt habe. Im Verlauf der Pressekonferenz erklärte Außenminister Acheson, das neue chinesisch-russische Abkommen über die Ausbeutung der Bodenschätze Sinkiangs beeinträchtigt Chinas staatliche Selbstständigkeit. Darüber hinaus müsse das verarmte Land 90 Prozent der laufenden Produktion dieser Provinz abgeben.

Auf der anderen Seite unterstützte der Führer der Republikaner im Repräsentantenhaus, Halleck, die Angriffe der Senatoren McCarthy, Styles Bridges und Kenneth Wherry gegen die Regierung. „Der Präsident“, so meinte er sarkastisch, „sagt dem amerikanischen Volk: Füllt eure Feuerlöcher mit Benzin, dann werdet ihr sicher sein. Es scheint, daß Truman der Ansicht ist, dem Kramel dadurch entgegenzutreten, indem die Alger Hiss, Julian Wadleigh, Judith Coplon wichtige Stellungen in der Verwaltung erhalten. Sie werden mit Kommunisten und Kommunistenfreunden umgeben, die ihnen behilflich sind, Geheimdokumente für die Agenten der Sowjetunion zu stehlen.“

Mit 80 gegen 21 Stimmen lehnte das Repräsentantenhaus den Zusatzantrag des Abgeordneten Javits zum Auslandshilfegesetz ab, wonach eine überparteiliche Kommission zur Ausarbeitung der amerikanischen wirtschaftspolitischen Linie nach Beendigung der Marshallplan-Hilfe im Jahre 1952 gebildet werden sollte.

Garry Davis darf nicht einreisen. „Weltbürger Nummer eins“ Garry Davis, der als Staatenloser in den USA eintraf, hat keine Erlaubnis zur Einreise erhalten.

Frag verichtet auf CARE-Organisation. Die tschechoslowakische Regierung hat die amerikanische Hilfsorganisation CARE angewiesen, ihre Tätigkeit in der Tschechoslowakei bis zum 31. Juli einzustellen.

## Kwantung in Aufruhr

Bevölkerung empört sich gegen die hohen Steuern und Abgaben. Rotchinesische Truppen nicht mehr Herr der Lage!

Hongkong (UP). Die Provinz Kwantung befindet sich, hier eintreffenden Berichten zufolge, in hellem Aufruhr gegen die hohen Steuern und Abgaben. An der Bewegung soll fast die ganze Bevölkerung aktiv oder passiv teilnehmen. Die rotchinesischen Truppen in Kwantung, deren Stärke auf eine Viertelmillion geschätzt wird, sind, der gleichen Quelle zufolge, nicht mehr imstand, die Lage zu beherrschen.

Hinzu komme, daß die Tätigkeit der organisierten nationalchinesischen Partisanentruppen immer fühlbarer wurde. Sie überfielen Garnisonen, plünderten Versorgungslager, überraschten feindliche Lastwagenkolonnen und töteten die Steuereintreiber.

Als sich Tschiangkai-schek seinerzeit auf Formosa zurückzog, wurde die Insel das „Eisland des Gelben Meeres“ genannt, und es fehlte nicht an Stimmen, die behaupteten, sie werden für den geschlagenen Generalissimus Nationalchinas zu einem Helens werden.

Seither hat es sich erwiesen, daß Tschiangkai-schek sich dort nicht für die Dauer niederzulassen gedenkt. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, machen die Nationalisten auf Formosa einen erstaunlichen Wandel durch, indem sie bestrebt sind, alle Mängel und Verfehlungen, die ihre Katastrophe verursacht haben, abzustreifen und ihre Kräfte auf einer neuen, gesunden Grundlage zu sammeln. Anstelle des früheren Schändlans soll ein Re-

gime der Disziplin und Zuverlässigkeit getreten sein. Was das nahezu eine halbe Million Mann zählende nationale Heer anbelangt, so handele es sich nicht mehr um jene demoralisierten Haufen kampfmüder Soldaten, die freiwillig ihre Stellungen aufgaben, sondern um wohldisziplinierte, kriegstüchtige und gutbewaffnete Truppen.

Tschiangkai-schek ist — und wie die jüngsten Ereignisse zeigen, nicht ganz mit Unrecht — überzeugt, daß die Regierung in Peking großen Schwierigkeiten entgegengeht, die sich durch die zunehmende Teuerungswelle, die Ausbreitung der Hungerstöße und die überall aufflammenden Guerillakämpfe immer deutlicher abzeichnen beginnen. Nur ein kleiner Teil der Partisanengruppen ist von Agenten der Nationalregierung organisiert worden, die meisten werden von Bauern gebildet, die zur Selbsthilfe schreiben, um der Abwürgung durch Steuern und Ablieferungen zu entgehen. Da die Mitgliederzahl dieser Gruppen sehr groß ist, liegt es nur am Mangel einer zentralen Führung, daß sie noch nicht zu einer ernsthaften Bedrohung der kommunistischen Herrschaft würden.

Immerhin — der Aufruhr in Kwantung gibt — wenn auch zunächst nur als stimmungsgemäßes Symbol — zu denken. Schon viele Revolutionen haben von dieser Provinz, die dreißig Millionen Einwohner zählt, ihren Ausgang genommen. Auch Sun Jat Sens Revolte gegen die Mandchus ging einst von dort aus...

## Heikle Fragen in Den Haag

Schwierige Finanzierung des Atlantikpakt-Verteidigungssystems. Die Themen Deutschland und Spanien

Den Haag (UP). Vier oder fünf kleinere europäische Staaten sollen die Vereinigten Staaten darum gebeten haben bzw. im Begriff sein sie zu bitten, ihnen finanziell unter die Arme zu greifen, damit sie ihren Anteil am Aufbau des Verteidigungssystems der Atlantikpaktmächte bewilligen können.

Diese kleineren Staaten sollen, unterrichteten Kreisen zufolge, darauf hinweisen, daß der Krieg und seine Folgen es ihnen unmöglich machten, große Summen für ihre Verteidigung auszugeben.

Man nimmt an, daß die finanzielle Seite der Verteidigung Europas zumindest inoffiziell besprochen werden wird, wenn die Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten am Samstag unter dem Vorsitz des US-Verteidigungsministers Louis Johnson zusammentreten.

Die Außenminister, die Finanz- und die Verteidigungsminister der Atlantikpaktstaaten werden am 16. April in Brüssel zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten.

Zu den heikelsten Fragen, die zur Zeit die Verteidigungsminister der Atlantikpaktmächte bewegen und von ihnen vielleicht — jedenfalls aber nur informell — erörtert werden, gehören die Themen Deutschland und Spanien. Obwohl informierte Kreise erneut und nachdrücklich darauf hinweisen, daß Deutschland nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehe, erscheint es als wahrscheinlich, daß zumindest „Führer“ ausgestreckt werden.

Von maßgeblicher Seite wurde wiederholt betont, daß die Verteidigungsminister und Stabschefs sich zwar der Bedeutung Deutschlands als Menschenreservoir und Industriezentrum voll bewußt seien, daß man aber

andererseits an zuständiger Stelle die Ansicht vertritt, die ersten offiziellen Anregungen zur Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung Westeuropas sollten von seinen unmittelbaren Nachbarstaaten geäußert werden, obwohl natürlich die endgültige Entscheidung bei Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich liege.

Vorsichtige Schritte sind von einigen dieser Nachbarstaaten bereits unternommen worden. Ihre Regierungen sollen darauf hingewiesen haben, daß die in der öffentlichen Meinung herrschende Ablehnung gegen eine begrenzte Wiederaufrüstung Deutschlands in den letzten Monaten überraschend schnell zurückgegangen sei.

Wesentlich offener wird über Spanien gesprochen, das — so wird vielleicht erwogen — als Basis für weitreichende Bomber eine wichtige Rolle spielen könnte. Solche Erwägungen soll man in Portugal günstig aufgenommen haben. Der französische Widerstand gegen eine begrenzte Beteiligung Spaniens scheint im Schwänden begriffen, während es gleichzeitig den Anschein hat, als habe sich an der hartnäckig ablehnenden Haltung Großbritanniens nichts verändert. Dagegen verläutet aus Washington, daß Außenminister Acheson diese Frage voraussichtlich bei der Konferenz der Westmächte in London anschnellen werde. Spanien selbst soll sich zu derartigen Plänen bereits vorsichtig wohlwollend geäußert haben.

Ihre besondere Dedikatese erhalten die Themen Deutschland und Spanien dadurch, daß sie sowohl politische als auch rein militärische Bedeutung haben. Auf beiden Gebieten muß daher zunächst völlige Einmütigkeit erreicht werden, bevor konkrete Pläne irgendwelcher Art erörtert werden können. W.R.

## Deutsche Sprache in Athen

US-Botschafter fordert stabile Regierung

Athen (UP). Der amerikanische Botschafter in Athen, Grady, richtete einen Brief an den neuen Ministerpräsidenten Venizelos, in dem er unter anderem folgendes feststellte:

„Im Wiederaufbau Griechenlands ist eine kritische Periode erreicht worden. Es steht bei der griechischen Regierung, zu entscheiden, ob sie weiterhin amerikanische Hilfe erhalten will oder nicht. Nur eine stabile Regierung, die vom Volk und vom Parlament unterstützt wird, kann mit der Entscheidung handeln, welche zur klugen Nutzung der vom amerikanischen Volk gebotenen Hilfe unbedingt notwendig ist.“

Venizelos berief am Freitagabend eine Kabinettsitzung ein, um sich mit den Ministern über den Brief Grady zu beraten.

Der Brief Grady enthält eine politische Erklärung, die an Deutlichkeit kaum übertroffen werden kann. Wie erinnerlich, hatte der Botschafter anlässlich einer Unterredung mit Venizelos schon vor kurzem darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten für Griechenland eine Regierung auf breiterer Basis wünschen, als der des Einparteiens-Kabinetts der Liberalen, die bei den letzten Wahlen nur 29 Prozent der Stimmen erhielten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die USA die Bildung einer Koalitionsregierung der gemäßigten Parteien für angebracht halten, die über eine Mehrheit im Parlament verfügen würde. Als Ministerpräsident käme vermutlich Nikolas Plastiras in Frage.

Angesichts der unmißverständlichen Forderung der Vereinigten Staaten, auf dessen Hilfe Griechenland nicht verzichten kann, wird Venizelos nichts anderes übrig bleiben, als sein Kabinett zu verbreitern oder — falls er das nicht will oder vermag — seinen Rücktritt zu erklären.

### Sir Basils „persönliche Gründe“

Premier von Nordirland verschiebt USA-Reise  
London (UP). Sir Basil Brooke, der Premierminister von Nordirland (Ulster), hat seine Reise nach den Vereinigten Staaten aus „persönlichen Gründen“ um „unbestimmte Zeit“ verschoben. Brooke sollte ursprünglich

am Freitag an Bord der „Queen Mary“ nach New York abreisen.

Seitens der britischen Botschaft in Washington wird betont, Brooke werde mit Sicherheit seiner Zusage nachkommen, am 6. April vor dem Nationalen Pressklub der USA eine Ansprache zu halten.

Man wird kaum fehlgehen, wenn man Sir Brookes „persönliche Gründe“ mit dem vom Repräsentantenhaus der USA angenommenen Antrag in Zusammenhang bringt, die Marshallplanhilfe an Großbritannien so lange zu sperren, als die Teilung Irlands aufrecht erhalten bleibe. Bei Bekanntwerden dieser Nachricht äußerte der Verteidigungsminister von Eire: „Das bedeutet für Sir Basil einen unfreundlichen Empfang in den USA.“ Nicht von ungefähr, denn New Yorks Bürgermeister O'Dwyer hatte bereits vorher ziemlich unverblümt durchblicken lassen, daß Brooke in New York „nicht willkommen“ sei.

### Drei Italiener ermordet

Politische Hochspannung in Eritrea  
Asmara (UP). In der Hauptstadt Eritreas kam es zu Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Italienern und britischen Truppen, die in den Straßen patrouillierten. Die politische Spannung in Asmara hatte sich nach der Ermordung von zwei Italienern durch Eingeborene gesteigert und einen Höhepunkt erreicht, als bekannt wurde, daß noch ein dritter Italiener von eingeborenen „Schiffs“-Terroristen ermordet worden sei.

Das Komitee der Eritrea-Italiener hat sich telegraphisch an Ministerpräsident de Gasperi gewandt, und ihn im Hinblick auf die bedrohliche Lage gebeten, die Zukunft Eritreas vor September zur Entscheidung zu bringen. Zugleich hat das Komitee die italienische Bevölkerung Eritreas aufgefordert, die Maßnahmen der UN-Kommission in Ruhe abzuwarten.

Einer Meldung aus Rom zufolge wird Italien, wie bereits angekündigt, am Samstag offiziell die Verwaltung seiner ehemaligen Kolonie Somaliland übernehmen.

Die Situation in der ehemaligen italieni-

sehen Kolonie Eritrea ist bekanntlich seit langem mehr als gespannt. Schon mehrfach haben sich die britischen Verwaltungsbehörden genötigt, Truppen gegen die große Teile des Landes terrorisierenden Guerilla-Banden eingeborener Fanatiker einzusetzen. Als besonders gefährlich gelten die sogenannten „Schiffas“, die als unversöhnliche Gegner der Italiener einen Anschluß an Abessinien anstreben.

### Französischer General getötet?

Minh-Truppen eroberten 13 Dörfer  
London (UP). Einer Meldung der kommunistischen Nachrichtenagentur in Vietnam zufolge, sollen Einheiten des Rebellenführers Ho Tsch Minh in dem Gebiet von Lao-Kala 13 Ortschaften erobert haben. Nach der gleichen Quelle wurde der französische General Gautier zusammen mit 70 französischen Offizieren und Mannschaften bei den Kämpfen getötet. 72 Soldaten sollen gefangen genommen worden sein.

Seit der Anerkennung Ho Chi Minhs durch Moskau und Peking und der Anerkennung des annamitischen Kaisers Bao Dai und Vietnams durch die Westmächte, hat sich die Lage in Indochina weder gebessert noch wurde eine Klärung der chaotischen Zustände herbeigeführt. Trotz der Anwesenheit einer französischen Streitkraft von insgesamt 130 000 Mann werden neun Zehntel des vietnamesischen Gebietes von den Rebellen kontrolliert. Die Franzosen müssen sich auf die Sicherung und Verteidigung der wichtigsten Städte und der Hauptverkehrswege beschränken. Außerhalb dieser Zonen beherrschen die Rebellen Ho Chi Minhs das Feld und es erscheint mehr als fraglich, ob es überhaupt gelingen wird, das Feuer dieses gefährlichen Unruhenherds in Südostasien zu erstickten.

### Geschliffene Glassteine um 32 000 DM

Drei gerissene Brillantenschwindler

Frankfurt (UP). Drei Polen erschin-delten sich mit angeblich echten Brillanten 32 000 DM. Sie sprachen in Frankfurt eine Frau auf der Straße an und gaben sich als alte Bekannte ihres Mannes aus. Sie erklärten, mit ihrem Mann den Verkauf von Brillanten im Wert von 32 000 DM vereinbart zu haben. Nachdem einer der Brillanten bei einem Juwelier auf seine Echtheit überprüft worden war, wollte in ihrer Wohnung die Frau 10 000 DM anzahlen. Dabei entrißten ihr die Täter ein Bündel Geldscheine im Gesamtwert von 32 000 DM und ergriffen die Flucht. Die zurückgelassenen „Brillanten“ waren wertlose geschliffene Glassteine. Der Rädele-führer der Bande konnte festgenommen werden.

### Amerikaner suchen Görings Schütze

Millionenverle in einer Bettkammer

Regensburg (UP). Nach einem Bericht des Landespolizeipostens Neuhau an der Pegnitz finden seit dem 30. März auf der Burg Feldenstein Grabungen statt. Diese Burg war einstmalig in Görings Besitz. Gerüchte besagen, daß er dort einen Teil seiner Schätze verborgen habe. Die Arbeiten auf Feldenstein stehen unter der Aufsicht des HICOG-Vertreters von Eschenbach und Mitgliedern der CIC aus Heidelberg. Über das Ergebnis der Grabungen liegen noch keine bestimmten Informationen vor, doch sollen nach offiziell nicht bestätigten Meldungen in einer Bettkammer Gold, Kunstgegenstände und Spirituosen im Wert von 3,5 Millionen DM aufgefunden worden sein.

### Ein unverbesserlicher Jugendverderber

Zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt

Nürnberg (UP). Der viermal wegen Unzucht verurteilte 43jährige Werner Schmidt aus Berlin wurde von der Großen Strafkammer in Nürnberg als unverbesserlicher Jugendverderber zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Schmidt hatte sich im vorigen Sommer, wie vor Gericht nachgewiesen wurde, an insgesamt 14 Jugendlichen im Alter zwischen zehn und sechzehn Jahren vergriffen. Der Verurteilte war bis zuletzt Jugendführer des katholischen Gesellenvereins der Kolpingbruderschaft und hatte seine Führerstellung in dieser Organisation zur Verführung der Jugendlichen benutzt.

### Gefesselte Geistesranke verbrannt

Psychopath legt Feuer in Sanatorium

Philadelphia (UP). Der Brand in einem Privatsanatorium von Philadelphia, über den wir bereits berichteten, ist von einem vorbestraften Psychopathen gelegt worden. Der Brandstifter war als Patient in dem Sanatorium untergebracht und kann für seine Handlungen nicht voll verantwortlich gemacht werden.

Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich bei den neun Toten um gefährliche geistesranke Patienten, die an ihren Betten gefesselt durch Rauchvergiftungen ihr Ende fanden. Als die Toten später im Verwaltungsgebäude aufgebahrt wurden, sah man an ihren Verletzungen, welchen grauenvollen Totenkampf die Verstorbenen hinter sich hätten, die mit Ketten gefesselt verweilt freizukommen suchten. Durch den gerade heidenmännigen Einsatz des Krankenhauspersonals konnten vier Geistesranke noch rechtzeitig aus den mit Leder verkleideten Ringen befreit werden, mit denen sie durch Ketten an ihre Betten festgehalten wurden.

Brand vernichtet 129 Landhäuser. Im unteren Teil Ägyptens wurden durch einen Brand mindestens 129 Landhäuser vernichtet. Der Brand ist auf die Unvorsichtigkeit einer Hausfrau zurückzuführen, die gerade ihr Essen kochte.

Neun Tote beim Brand eines Erholungsheims. Bei einem Brand, der in einem Erholungsheim in Philadelphia ausbrach, wurden neun Personen getötet.

8000 Tote durch Minenexplosionen. Seit Kriegsende sind im Regierungsbezirk Aachen rund 8000 Personen durch Minen getötet worden.

Südwestdeutsche Nachrichten

Neues Dienstgebäude „Wirtschaft und Verkehr“ Karlsruhe. Die Landesberufsdirektion für Wirtschaft und Verkehr...

Vergehen bei der Anweisung Deutscher Karlsruhe. Für das Weißbuch „Gegen die Mauern der Schweigen“...

Heidelberger Sendeturm fertiggestellt Heidelberg. Die Montage des Heidelberger Sendeturms auf dem Königstuhl ist beendet...

Ketteler-Heim für die werktätige Jugend Karlsruhe (CND). Um der werktätigen Jugend ein Heim zu schaffen...

Sängerbund fördert Rundfunkklänge Karlsruhe. Der Sängerbund hat mit der badischen Bezirksleitung der „Gema“...

Karlsruher Schauspielhaus wird eröffnet Karlsruhe (SWK). Das Badische Staatstheater Karlsruhe wird am Samstag...

Mit dem Paddelboot in den Tod Mosbach (SWK). Ein 14-jähriger Junge, der sich mit einem Paddelboot bei Neckargerach...

Umstürzender Lastwagen erdrückte 3 Jungen Schlichtern (UP). Drei jugendliche Deutsche sind ums Leben gekommen...

Totogewinnler hilft bauen Weinheim. Der Waldarbeiter B. in der Nachbargemeinde Binsweiler...

Unser warteter Kredit Freiburg. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde bekanntgegeben...

Die Rückkehr der Bevölkerung von Kehl Kehl. Von den 12.400 Einwohnern, die die Stadt Kehl im Jahre 1938 hatte...

Katholisches Jugendforum Freiburg. Während der Jugendwoche des Bundes der deutschen katholischen Jugend...

Badisches Schreinerhandwerk warnt

Der Landesinnungsverband Badischer Schreinermeister, Sitz Freiburg i. Br., hat am 25. und 26. März in Offenburg eine Tagung...

Friedenskreuz nach Rom unterwegs

Das Aachener Friedenskreuz wandert seit Aschermittwoch von Dorf zu Dorf durch die Erzdiözese Köln...

durch einen Zwölfertip im Toto 176.000 DM gewann, hat dem Odenwaldorfer Mörtenbach 15.000 DM zum Bankrott zur Verfügung gestellt...

Tödlich verunglückt Heckenheim. Der 28 Jahre alte Kurt Wörner wurde auf der Schwetzingen Landstraße durch einen Motorradfahrer von rückwärts angefahren...

Unerwarteter Kredit Freiburg. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde bekanntgegeben, daß die Stadt auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums...

Die Rückkehr der Bevölkerung von Kehl Kehl. Von den 12.400 Einwohnern, die die Stadt Kehl im Jahre 1938 hatte...

Katholisches Jugendforum Freiburg. Während der Jugendwoche des Bundes der deutschen katholischen Jugend...

rennen und Bedingungen vorzuzipeln und lediglich darauf aus sind, durch falsche Anpreisungen die Verbraucherschaft anzulocken...

Diese Forderungen sollen der Gesamtheit der mittelständigen Wirtschaft dienen, weil sonst die Gefahr besteht, daß diese von der Großwirtschaft überfahren wird...

Die Obermeisterversammlung hat weiter beschlossen, im Sommer eine Gesamtsitzung des Badischen Schreinerhandwerks...

und Maximiliansau. Am 3. Mai um 20 Uhr wird es an der Rheinbrücke bei Maxau an die Männer der Erzdiözese Freiburg übergeben...

Rompilgerfahrt der katholischen Jugend Freiburg (CND). Die katholische Männer- und Frauenjugend der Erzdiözese Freiburg...

Freiburg (CND). Die katholische Männer- und Frauenjugend der Erzdiözese Freiburg wird sich im kommenden Sommer mit starken Abordnungen an den Rompilgerfahrten...

uchen Lebens antworten. Es werden Männer der Regierung, des Bundestages, der Industrie und der Gewerkschaft sein...

Freiburg (CND). Die in Freiburg erscheinende katholische Tageszeitung „Tagespost“ wird zum 1. April 1950 ihr Erscheinen einstellen...

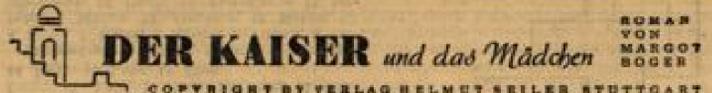
Freiburg (CND). Der Freiburger Erzbischof Dr. Wendelin Rauch, der am 22. Dezember 1949 mit einer schweren Erkrankung das Freiburger Lorettokrankenhaus aufsuchen mußte...

Freiburg (BD). Auf der Generalversammlung der Europa-Union, Landesverband Baden, die am 26. März in Freiburg stattfand...

Lörrach (BD). In Basel wurden Besprechungen über den ab 14. Mai Gültigkeit erhaltenden neuen Fahrplan der deutschen Bundesbahn durchgeführt...

Waldshut (SWK). Die Verhandlungen zwischen dem Kreisausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Metzgerinnung...

Weilheim (TCK) (ZSH). Auf der Autobahn wurde ein unbekanntes, sechs Jahre altes Mädchen mit einem Schürzen und PS-Geschirr aufgefunden...



DER KAISER und das Mädchen ROMAN VON MARGOT BOGER

32. Fortsetzung

Darüber freute sich Gela sehr. Sie schwang sich geschickt auf das junge Pferd, das ihr der Kaiser zur Verfügung gestellt hatte...

„Es ist das Hergeschehene!“ behauptete sie gleichgültig. Nun lachte Barbarossa laut. „Was weißt du denn davon?“ rief er...

„Ich mag nicht, daß Frauen meine Hände küssen!“ sagte er unwillig. Ebenso betäubt wie trotzig erwiderte sie: „Ich bin keine Frau!“

Denn der Welfe umgibt sich selbst in dieser späten Stunde mit jenem Zeremoniell, das der Kaiser nur zu betonen pflegte, wenn er sich öffentlich zeigte.